

## Kulturpolitik als Partnerschafts-Geschäft

*Fortsetzung einer zermürbenden Basler Debatte*

*ai. Basel, 15. August*

Wer in Basel-Stadt über Kulturpolitik diskutiert, konstatiert in der Regel, dass die 100 Millionen, die der Kanton jährlich für den Unterhalt des Kunstbetriebs aufwendet, nicht reichen, und wendet den Blick dann vorwurfsvoll den Baselbietern zu, die von den Zentrumsleistungen der Stadt zwar profitieren, aber nicht bereit sind, angemessen zu deren Finanzierung beizutragen. Eine Podiumsdiskussion, die am Donnerstagabend im Schauspielhaus zum Thema «Welche Kulturpolitik braucht die Region?» stattfand, verlief genau in diesen Bahnen. Und wie gewohnt, kam wenig Neues dabei heraus. Trotz dem Aufruf, Ausschau nach neuen Geldquellen zu halten, war am Ende nicht klar, wo die zu finden sein könnten, wenn nicht in Liestal. Anwesend waren die beiden Regierungsräte Christoph Eymann, der als Erziehungsminister auch für die Kultur verantwortlich ist, und Guy Morin, der als Anwärter auf das neue

Präsidialamt gute Chancen hat, nach den Wahlen im September die Kultur von Eymann zu erben. Gleichsam ausser Konkurrenz nahm Ständerätin Anita Fetz am Gespräch teil.

### 19 Millionen mehr

Die Baselland-Karte wurde vor allem von Morin ausgespielt. Er betonte, dass die in der Stadt gepflegte Kultur überkantonalen Charakter habe und der ganzen Region eine Identität verleihe, weshalb nicht einzusehen sei, dass sie ausschliesslich von den Stadtbaslern getragen werden solle. Gestützt auf eine Rechnung, die er in Anlehnung an das Innerschweizer Modell zum Ausgleich von städtischen Kulturleistungen anstellte, meinte er, die Baselbieter müssten zu den 9 Millionen, die sie heute über die «Kulturvertrags-Pauschale» entrichten, eigentlich weitere 19 Millionen zahlen. Morin machte im Übrigen klar, dass mit ihm als Stapi die an Liestal gerichteten Forderungen sicher nicht heruntergeschraubt würden.

Anita Fetz war dagegen der Meinung, man müsse von der Fixierung auf Baselland wegkommen und versuchen, neue Wege zu gehen, «und zwar rasch». Als mögliche Lösung nannte sie Public Private Partnerships und als allfällige Träger eines solchen Modells private Stiftungen, die «zig Millionen» in ihren Schatullen hätten. Basel sei der beste Beweis dafür, dass Private zur Finanzierung von Kulturellem zu gewinnen seien.

An Eymann war es schliesslich, die zermürbenden politischen und finanziellen Realitäten des partnerschaftlichen Geschäfts in Erinnerung zu rufen. Private Stiftungen, so meinte er, seien zwar segensreich, aber in der Regel daran interessiert, Anschubfinanzierungen zu leisten. Wenn es dagegen darum gehe, den jahrzehntelangen Unterhalt einer Institution sicherzustellen, seien die Mäzene nicht die richtigen Partner.

## Universität als Vorbild

Trotz den immer wieder verzeichneten Rückschlägen vertraut Eymann offenbar darauf, dass mit Baselland doch noch eine Basis für eine gemeinsame Kulturpolitik gefunden werden kann. Eine «Roadmap» dazu ist eigentlich vorhanden; als sich die beiden Kantone 2005 auf eine Reihe von Grundsätzen zur Behandlung partnerschaftlicher Geschäfte einigten, wurde der Kulturbereich zu einem zentralen bikantonalen Dossier erklärt. Jetzt müssten die vereinbarten Prinzipien, die sich im Fall der gemeinsamen Universität bestens bewährt haben, auf die Kulturpolitik appliziert werden. Allzu viel Zeit wird man dazu nicht mehr haben; 2010 läuft z. B. der Subventionsvertrag für das Basler Theater ab. Und bis dann müsste eine tragbare neue Partnerlösung gefunden sein.